

## **Zeig Stärke: Dringlichkeitsprogramm für ein soziales NRW**

Armut führt zu Ausgrenzung und Benachteiligung. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen aus der Armut zu holen. Die Realität in Nordrhein-Westfalen sieht jedoch anders aus. Die Armutsquote ist auf dem Höchststand, in zehn Jahren hat sie sich von 14,4 Prozent auf 17,5 Prozent erhöht. In NRW ist die Armut deutlich stärker gewachsen als im Bundesschnitt.

Bei der Kinderarmut wird besonders deutlich, dass Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ihren selbst formulierten Anspruch, kein Kind zurückzulassen, nicht eingelöst hat. Mit fast 450.000 unter 15-Jährigen lebt landesweit fast jedes fünfte Kind in NRW in einem Hartz-IV-Haushalt, in Teilen des Ruhrgebiets ist es sogar jedes dritte. Betroffen sind zunehmend Kinder aus Familien mit zu geringem Erwerbseinkommen. Zu 47 Prozent von Armut betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder.

Für eine gute Entwicklung von Kindern ist es neben der ausreichenden finanziellen Absicherung von Familien unabdingbar, dass Eltern genügend Zeit für ihre Kinder haben und ihre Zukunft verlässlich planen können. Es müssen auch ausreichend Angebote für eine gute Ganztagsbildung geben. Möglichkeiten der selbstbestimmten Freizeitgestaltung, die kein Kind und keinen Jugendlichen ausgrenzen, sind insbesondere in benachteiligten Stadtteilen zu entwickeln.

DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen ist der Auffassung, dass Armut und Kinderarmut wirksam bekämpft werden können. Die Landesregierung von SPD und Grünen schöpft ihren Spielraum aber nicht aus. Sie setzt auf einzelne Projekte, die nicht einmal ansatzweise ausreichen, dabei wären einfache Maßnahmen möglich und geboten. Entschlossenes Handeln sieht anders aus. DIE LINKE macht Vorschläge, wie es anders gehen kann.

Der finanzielle Spielraum des Landes ist maßgeblich von der Gesetzgebung des Bundes abhängig. Politische Verantwortung zu übernehmen, heißt für DIE LINKE deshalb, dass Nordrhein-Westfalen neben konkreten Verbesserungen im Land sein bundespolitisches Gewicht nutzen muss. Der Einflussbereich des Landes endet nicht an der Landesgrenze.

DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen will die Bekämpfung von Armut und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch folgende vordringlich umzusetzende Maßnahmen bundesweit zum Thema machen:

### **1. Landesmindestlohn: 12 Euro müssen drin sein**

Das Land kann durch ein Landesmindestlohngesetz dafür sorgen, dass keine öffentlichen Gelder zur Verfügung gestellt werden, wenn davon Dumpinglöhne gezahlt werden.

SPD und Grüne haben den früheren vergabespezifischen Mindestlohn im Tariftreue- und Vergabegesetz auf 8,85 Euro eingefroren, künftig soll er sich bei einer weiteren Erhöhung des allgemeinen Mindestlohns auf Bundesebene an diesem orientieren. Damit verzichtet die Landesregierung einerseits auf die Möglichkeit Dumpinglöhne so umfassend wie möglich zu bekämpfen und andererseits nimmt die Landesregierung billigend in Kauf, dass die Beschäftigten, die für die öffentliche Hand arbeiten auch nach 45 Jahren Vollzeitarbeit auf Sozialleistungen angewiesen sind. Geld, das jetzt eventuell durch günstigere Aufträge eingespart wird, muss so später wieder durch Sozialleistungen im Alter mehrfach zurückgezahlt werden. Solche Milchmädchenrechnungen auf dem Rücken der Beschäftigten will DIE LINKE umgehend beenden.

Deshalb fordert DIE LINKE ein eigenes Landesmindestlohngesetz mit einem Mindestentgelt in Höhe von 12 Euro. Ein solches Gesetz wäre weitreichender als das Tariftreue – und Vergabegesetz. Es würde für alle Beschäftigten gelten, deren Leistungen aus öffentlichen Geldern finanziert werden.

## **2. Befristungen: Missbrauch im Landesdienst beenden**

Auch Beschäftigte des Landes haben heute nicht unbedingt einen sicheren Arbeitsplatz. In NRW sind aktuell etwa 12.000 Stellen befristet. Hinzu kommen die zahlreichen befristeten Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen. Dort wurde der akademische Mittelbau zugunsten von Kettenbefristungen massiv geschrumpft.

Die SPD behauptet, sachgrundlose Befristungen abschaffen zu wollen, im Bundestag hat sie aber jüngst entsprechende Anträge der Opposition aus Rücksicht auf den Koalitionspartner abgelehnt. Sie nutzt die vorhandene Mehrheit im Bund nicht und im Land nutzt sie die Möglichkeit befristet anzustellen weiter zu Lasten der Beschäftigten aus.

DIE LINKE fordert, Befristungen im Landesdienst und an den Hochschulen insgesamt deutlich zu reduzieren und sachgrundlose Befristungen gänzlich abzuschaffen. Für die Beschäftigten im Landesdienst darf ein sachlich befristetes Arbeitsverhältnis höchstens einmal verlängert werden. Für eine Entfristungsoffensive im akademischen Mittelbau an den Hochschulen beruft das Land einen Runden Tisch ein, der bis Ende 2018 einen Fahrplan zur Erhöhung der Anzahl unbefristeter Stellen an den NRW-Hochschulen erarbeitet.

## **3. Hartz IV: Sanktionen aussetzen**

Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher\*innen nehmen beständig zu. 2016 wurden bundesweit durchschnittlich rund 134.400 Personen pro Monat Leistungen gekürzt, etwa 3.000 mehr als im Vorjahr. Jobcenter greifen zumeist zu diesem Zwangsmittel, um erwerbslose Menschen zu bestrafen, wenn sie einen Termin versäumt haben oder sich 1-Euro-Jobs und anderen Maßnahmen verweigern. In vielen Fällen wird aber zu Unrecht sanktioniert, jeder dritte Widerspruch hat Erfolg. Fatal ist, dass die Sanktionen häufig Haushalte mit Kindern treffen. Im Monatsschnitt waren 44.400 Kinder betroffen.

Erwerbslosen das ohnehin wenige Geld noch weiter zu kürzen, bringt die Betroffenen in akute Notsituationen und verstößt gegen die Menschenwürde. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass niemandem unter das Existenzminimum gedrückt wird, indem sie die ihrer Aufsicht obliegenden Jobcenter durch einen Erlass dazu anhält, die Leistungskürzungen bis zur Änderung des SGB II auf Bundesebene auszusetzen (Sanktionsmoratorium).

#### **4. Mehr Arbeitsplätze: Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm**

Die Landesregierung ignoriert seit Jahren die Situation der Langzeiterwerbslosen. Das vollmundig beworbene Programm „Öffentliche geförderte Beschäftigung NRW“ ist kein Beschäftigungsprogramm, sondern unterstützt lediglich öffentliche und gemeinnützige Träger, die Langezeiterwerbslose einstellen.

DIE LINKE fordert mit dem Aufbau eines wirklichen öffentlichen Beschäftigungsprogramms zu beginnen. Dieses öffentliche Beschäftigungsprogramm führt die steuerlichen Mittel aus Arbeitslosengeld II, den „Kosten der Unterkunft“ und öffentlichen Zuschüssen zusammen, so dass mit ergänzenden Mitteln des Landes und der Kommunen reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finanziert werden kann. Bei dem Beschäftigungsprogramm sollen all jene bevorzugt werden, die länger als ein Jahr erwerbslos sind. Und: es darf keine diskriminierenden Auswahlverfahren geben wie zum Beispiel sogenannte Vermittlungshemmnisse. Um festzulegen, welche geförderte Beschäftigung vor Ort sinnvoll ist, ohne bisher von der öffentlichen Hand erbrachte Aufgaben zu ersetzen und zu verdrängen, fordert DIE LINKE Runde Tische unter Beteiligung der Betroffenen und der kommunalen Akteur\*innen, um öffentliche Bedarfe festzustellen.

#### **5. Solidarischer ÖPNV: Ein Sozialticket, das seinen Namen verdient**

Mobilität ist ein Grundrecht und wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Im Hartz IV-Regelsatz sind derzeit 25,77 € für die gesamte Mobilität vorgesehen. Das „Sozialticket“ in NRW übersteigt diesen Betrag deutlich, aktuell kostet es 35,55 €. Fast ein Drittel der Kosten des Sozialtickets sind damit vom Regelsatz nicht gedeckt. Für die Betroffenen bedeutet dies, dass ihnen ein Teil des Bedarfes in anderen Bereichen nicht mehr zur Verfügung steht, wenn sie in der Stadt mobil sein sollten – ihr sozio-kulturelles Existenzminimum wird angetastet.

DIE LINKE fordert ein landesweites Sozialticket in NRW für 15 Euro. Das Land ist in der Verantwortung, die Mobilität von Transferleistungsbezieher\*innen und Menschen mit geringem Einkommen sicherzustellen.

Die aktuelle Diskussion um den öffentlichen Personennahverkehr will DIE LINKE nutzen, um in konkrete Planungen für einen fahrscheinlosen ÖPNV für ganz NRW einzusteigen. Um die Umsetzung zu ermöglichen, soll das Land die rechtlichen Voraussetzungen eines

umlagefinanzierten öffentlichen Personennahverkehrs, ähnlich dem Semesterticket, prüfen und entsprechende Ermächtigungsgrundlagen schaffen, um zeitnah die modellhafte Einführung in mehreren NRW-Kommunen zu ermöglichen.

## **6. Soziale Infrastruktur: Ein Investitionsprogramm für die Schulen**

Die öffentliche Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen zerfällt. Seit Jahren werden notwendige Instandhaltungsinvestitionen in NRW nicht getätigt. Mit einer Investitionsoffensive will Die Linke nicht nur die soziale Infrastruktur wieder aufbauen, sondern auch dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen – im Baugewerbe, bei Zulieferbetrieben, im Sozialbereich und auch in der freien Wirtschaft selber. Denn Investitionen in die marode öffentliche Infrastruktur ziehen in der Regel private Investitionen nach sich.

Beginnen wollen wir vor allem bei Schulen. Alleine bei Schulen besteht in Nordrhein-Westfalen ein Bedarf an notwendigen Instandhaltungsinvestitionen von rund sieben Milliarden Euro. Über das Programm „Gute Schule 2020“ der Landesregierung werden in NRW in den nächsten Jahren zwei Milliarden Euro investiert, was dem Bedarf nicht ansatzweise gerecht wird. Dass in einem der reichsten Länder der Welt die Schulen zerfallen, darf nicht stillschweigend akzeptiert werden. DIE LINKE fordert in den kommenden fünf Jahren eine Milliarde Euro zusätzlich pro Jahr zu investieren, um Sanierungsstau bis zum Ende der Legislaturperiode aufzulösen. Darüber hinaus muss die Schulpauschale für die Kommunen erhöht werden um einen erneuten Sanierungsstau zu verhindern.

## **7. Bildungsgerechtigkeit: Gebührenfreier Zugang und kostenloses Mittagessen an KITAs und Schulen**

Bildung ist ein Grundrecht, auch für Kinder und Jugendliche. Der Zugang zu ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein oder durch materielle Hürden erschwert werden. Deshalb fordert die LINKE Elternbeiträge für Offene Ganztagschulen und Kitas abzuschaffen.

Eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige, gesunde Mittagsverpflegung ist Bestandteil eines modernen Bildungskonzepts und gleichzeitig ein stigmatisierungs- und bürokratiefreies Angebot, weil es allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommensstatus der Eltern offen steht. Gut Essen und gut Lernen gehören zusammen.

Ziel muss eine qualitativ hochwertige, altersgerechte und abwechslungsreiche Kita- und Schulverpflegung sein, an der alle Kinder und Jugendlichen unentgeltlich teilnehmen. DIE LINKE hat auf Bundesebene bereits Vorschläge für ein bundesfinanziertes Mittagessen für KITAs und Schulen gemacht. Ausgehend hiervon soll eine Umsetzung in NRW angegangen werden. Mit den Trägern sind die Voraussetzungen abzustimmen, der Einbau geeigneter Küchen und Zubereitungssysteme sollen im Rahmen der geplanten Maßnahmen in soziale

Infrastruktur berücksichtigt werden. Das Land erarbeitet umgehend mit Bündnispartnern ein schnell umsetzbares Konzept, das auch eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige, gesunde Mittagsverpflegung beinhaltet. Die Finanzierung muss durch Bund, Land und Kommunen sichergestellt werden.

## **8. Bezahlbarer Wohnraum: Eine Landeswohnungsgesellschaft aufbauen**

2002 gab es 844.000 Sozialwohnungen in NRW, 2014 nur noch 489.000. Der Jubel von NRW-Bauminister Groschek, die Neujustierung des geförderten Wohnungsbaus sei gelungen, ist angesichts dieser Zahlen die reinste Schönfärberei. Zumal auch die Erhöhung der Sozialbindung auf 25 Jahre bedeutet, dass die vom Land geförderten Neubauten danach dem freien Markt zur Verfügung stehen. Das Land sorgt also nicht für unbefristet günstigen Wohnraum, sondern subventioniert private Investoren.

Wohnen ist eine öffentliche Aufgabe. Land und Kommunen sind in der Pflicht, die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen. Statt sich allein auf Private zu verlassen, müssen Wohnungen in öffentlicher Hand errichtet werden. Das Land muss die Kommunen beim Bau neuer Wohnungen unterstützen. Zusätzlich schlägt DIE LINKE den Aufbau einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft vor, die selbst bezahlbaren Wohnraum schafft. So sollen jährlich 100.000 bezahlbare Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung entstehen. Somit wollen wir bis zum Ende der Legislaturperiode 500.000 neue bezahlbare Wohnungen schaffen. Damit soll den ständig steigenden Mietpreisen entgegengewirkt werden. Dabei liegt das Augenmerk besonders auf Wohnraum für Familien und Personengruppen, die einen besonderen Bedarf an bezahlbaren, kleinen, altersgerechten oder barrierefreien Wohnungen haben sowie betreuten Wohnformen.

## **9. Benachteiligte Wohnviertel: Konkrete Hilfen ausbauen**

DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung niedrigschwelliger und barrierefreier Familienzentren und Beratungsstellen für Familien, Kinder und Jugendliche ein, vor allem in benachteiligten Wohnvierteln. Gleichzeitig brauchen gerade benachteiligte Wohnviertel mehr Sozialarbeit in Form von offener Kinder- und Jugendarbeit sowohl in Jugendzentren als auch durch Streetworkerarbeit. Ziel muss es sein, die Strukturen der Familien- Kinder- und Jugendarbeit langfristig zu sichern. Für diese Formen präventiver Angebote ist ein schnell umsetzbares Landesförderungsprogramm zu entwickeln. Die Befristung von Projekten sollte sich daher auf den Anschlag von neuen Themen beschränken. Damit sich auch ärmere Städte Stadtentwicklung und sozial ausgerichtete Projekte leisten können, dürfen die kommunalen Eigenanteile zu EU- und anderen Fördermitteln nicht auf Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung angerechnet werden.

## **10. Umverteilung: Millionärssteuer auf die Tagesordnung setzen**

Zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben muss die Einnahmeseite des Landes gestärkt werden. Nach Art. 106 Abs. 2 Nr. 1 und 2 GG stehen die Einnahmen aus der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer den Ländern zu. Durch die Aussetzung der Vermögenssteuer und die Steuergeschenke für Erben entgehen den Ländern Milliarden.

Hinzu kommt, dass die soziale Spaltung sich immer weiter vertieft. 10 Prozent der Deutschen besitzen 60 Prozent des Gesamtvermögens. Die 500 reichsten Familien verfügen über ein Vermögen von 732 Milliarden Euro. DIE LINKE streitet daher für eine Umverteilung des vorhandenen Reichtums. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent jährlich auf private Millionenvermögen soll das Land NRW wieder handlungsfähig werden. DIE LINKE fordert eine Bundesratsinitiative, um die Millionärssteuer wieder auf die bundespolitische Tagesordnung zu setzen.